



# Argentinisches Tageblatt

Best Debt House  
in Argentina



Deutsche Bank



Sonnabend, 3. Mai 2008

118. Jahrgang Nr. 31.665

Deutsche Bank



## Zurück auf die Straße

### Bauern fordern von der Regierung konkrete Lösungen

Buenos Aires (AT/cal) – „Der Waffenstillstand ist zu Ende“, sagte Eduardo Buzzi vom Agrarverband Argentiniens in einer Pressekonzferenz. Die Bauern würden wieder auf die Straße gehen. „Dieses Mal werden wir die Straßen aber nicht sperren.“ Es seien Märsche und Protestaktionen geplant, man wolle mit Flugpapieren aufmerksam machen und zeigen, dass die Bauern mit der Regierung nicht zufrieden seien.

Drei von den vier großen argentinischen Landwirtschaftsverbänden analysierten am Donnerstag jeder für sich die Resultate der Verhandlungen mit der Regierung der letzten Wochen. In einem waren sich alle Verbände schließlich einig: Nach wie vor besteht ein „Ausnahmestand“, die Bauern werden sich wieder mobilisieren. Sie warfen der Regierung vor, dass sie die Verhandlungen in die Länge gezogen habe und konkrete Lösungen fehlten.

Präsidentin Cristina Kirchner steckt seit Wochen im Dauerstreit mit den Bauern. Zuerst streikten



Langwierige Verhandlungen: Kabinettschef Alberto Fernández mit Vertretern der vier Landwirtschaftsverbände.

die Landwirte drei Wochen lang gegen die von der Regierung per Dekret verordnete Erhöhung der Exportsteuern auf Soja und Sonnenblumenöl. Sie sperrten Straßen und lieferten kein Fleisch mehr. Dies führte zu Preissteigerungen und zu Engpässen bei der Lebensmittelversorgung. Beim Streik einigten sich schließlich die beiden

Seiten darauf, Verhandlungen aufzunehmen. Es wurde ein „Waffenstillstand“ von einem Monat beschlossen. Gestern, am 2. Mai, ging dieser zu Ende – die von den Bauern erhofften Resultate sind nicht alle eingetroffen.

Weiter wurden die Verhandlungen dann von dichten Rauchwolken überschattet. Millionen Argentinier

litten unter den stickigen Schwaden, die die Folge von Busch- und Grasbränden nördlich der Hauptstadt Buenos Aires waren. Die Brände, so die offizielle Version, wurden absichtlich von Bauern zur «Säuberung» von Feldern gelegt und gerieten außer Kontrolle. Am Mittwoch verhandelten Vertreter der Verbände in einem mehrstündigen Treffen mit Kabinettschef Alberto Fernández in der Hauptstadt Buenos Aires. Die Bauern und die Regierung einigten sich in einigen wenigen Dingen, wenn es um die Exportbedingungen von Fleisch und Weizen geht. Aber die neuen variablen Exportsteuern, die auf Soja und Sonnenblumenöl steht, ist nach wie vor ein heikles ungelöstes Thema, das, wie der Kabinettschef versprochen haben soll, am kommenden Dienstag Gegenstand der Verhandlungen sein wird. An diesem Tag also wird sich entscheiden, wie sich das Verhältnis zwischen der Regierung und den landwirtschaftlichen Verbänden künftig weiter entwickelt.

## Isabelita bleibt in Spanien

### Madrid lehnt die Auslieferung der früheren Präsidentin ab

Madrid (AT/dpa/cal) - Ein spanisches Gericht hat die von Argentinien beantragte Auslieferung von Ex-Präsidentin María Estela Martínez de Perón abgelehnt. Der Nationale Gerichtshof in Madrid entschied letzten Montag, dass die der früheren Staatschefin zur Last gelegten Vergehen keine Verbrechen gegen die Menschlichkeit seien. Die der 77-Jährigen vorgeworfenen Straftaten seien daher verjährt.

Der Ex-Präsidentin, die von 1974 bis 1976 an der Spitze Argentiniens gestanden hatte, werden in ihrer Heimat Mitschuld an der Ermordung von Oppositionellen durch Polizei und Militär sowie Komplizenschaft mit der rechtsextremen Organisation Triple A (Antikommunistische Allianz Argentiniens) vorgeworfen. Martínez de Perón - auch bekannt als Isabelita - hatte das höchste Staatsamt 1974 nach dem Tod ihres Mannes Juan Domingo Perón übernommen. Sie unterzeichnete drei Dekrete, in denen die Streitkräfte zur „Ausmerzungen der Aktivitäten subversiver Elemente“ aufgerufen wurden.

1976 wurde sie durch einen Militärputsch gestürzt und lebt seit 1980 in Madrid im Exil.



CD Rom / Touch-Screen  
Web / Video Digital  
3D / Animaciones

**(5411)4703-5509**

[www.multimedia.com.ar](http://www.multimedia.com.ar)

Nach dem Urteil des spanischen Gerichts gibt es keine Beweise dafür, dass die Ex-Präsidentin direkt an den Verbrechen beteiligt war, die der Organisation Triple A zur Last gelegt werden. Ihr könne allenfalls Zugehörigkeit zu einer illegalen Vereinigung vorgeworfen werden. Ein solcher Straftatbestand sei jedoch nach zwölf Jahren verjährt, hieß es in der Entscheidung der Richter. Triple A wurde während Isabelita Peróns Regierung vom Minister für Sozialen Wohlstand, José López Rega, gegründet, das ist die offizielle Version. Der inoffizi-

ellen zufolge wurde die Triple A bereits unter Juan Domingo Perón ins Leben gerufen. Die Organisation verübte zahlreiche Anschläge gegen linksgerichtete Regierungsgegner, darunter Schriftsteller und Politiker. Etwa 1500 Menschen fielen ihr zum Opfer. In Argentinien wurden zwei internationale Haftbefehle gegen die Ex-Staatschefin erlassen. Anfang vorigen Jahres wurde die Perón-Witwe in Madrid vorübergehend festgenommen, aber wegen ihres hohen Alters und ihrer angeschlagenen Gesundheit wieder auf freien Fuß gesetzt.

## Wieder aufgetaucht

**Zeuge in Menschenrechtsprozessen wurde etwa 30 Stunden entführt**

Buenos Aires (AT/cal) – „Du verstehst wohl nicht ganz: Dein Leben liegt in unseren Händen.“ Diese Worte sagte ihm einer der Entführer. „Wir bestimmen auch heute noch, ob du stirbst oder lebst“, drohte der Verbrecher.

Juan Puthod war bereits während der letzten Militärdiktatur (1976-83) – als 17-Jähriger – verschleppt und gefangen gehalten worden. Er verbrachte Jahre in mehreren Geheimgefängnissen. Einmal wurde er einen Tag in einen Sarg gesperrt. Unter Folter verlor er auch ein Auge. Heute ist er Zeuge in einigen Gerichtsverfahren, in welchen er gegen ehemalige Militärs, die damals Menschenrechtsverletzungen begangen hatten, aussagen wird.

Puthod wurde am letzten Dienstag in der Stadt Zárate in der Provinz Buenos Aires wieder entführt. Der 49-Jährige ist Präsident des „Hauses der Erinnerung“, ei-



**Verletzt: Puthod nach seiner Befreiung.**

ner Institution, die sich für Menschenrechte einsetzt. Nur zwei Häuserblocks davon entfernt, wurde er in ein Auto gezogen, Fremde hielten ihm eine Pistole an den Kopf und später stülpten sie ihm eine Kapuze über. „Ich dachte erst, es sei ein gewöhnlicher Raubüberfall“, erläuterte Puthod später in einer Pressekonferenz. „Ich befürchtete, alles endet mit einem Kopfschuss.“ Während der etwa 30 Stunden Gefangenschaft schlugen

ihn die Entführer. Am Mittwochabend schließlich ließen sie ihn im Stadtviertel Villa Fox frei.

Der Verfechter der Menschenrechte versicherte, „ich habe die Gesichter der Entführer nicht gesehen, nur die Stimmen gehört“. Die Kidnapper hätten ihm gedroht, wollten ihn mundtot machen, aber sie hätten sich nicht auf die laufenden Gerichtsprozesse gegen frühere Militärs geäußert. Puthod ist aber sicher, dass die Verbrecher „Überbleibsel der letzten Militärdiktatur“ sind. „Meine Frau und ich sind in den letzten Jahren mehrmals bedroht worden“, so der Vater von vier Kindern. Einmal seien Männer zu ihm nach Hause gekommen, er sei nicht dort gewesen. „Also haben sie meine Frau geschlagen.“

Präsidentin Cristina Kirchner äußerte am Mittwoch große Besorgnis über die Entführung. Als Puthods Verschwinden bekannt

wurde, startete die Polizei eine große Suchaktion mit Helikoptern.

Die Familienangehörigen hatten Angst, dass mit Puthod dasselbe geschehen war, wie mit Jorge Julio López. Dieser war 2006 während eines Prozesses gegen den früheren Polizisten Miguel Etchecolatz verschwunden und ist seither nicht mehr aufgetaucht. López' Aussage war entscheidend dafür, dass Etchecolatz eine lebenslange Haftstrafe für seine Verbrechen während der Militärdiktatur erhielt. Damals wurden nach der Kommission zur Aufklärung der Diktaturverbrechen (CONADEP) rund 8500, nach Menschenrechtsorganisationen rund 30.000 Menschen entführt und ermordet. Unter Präsident Néstor Kirchner (2003-2007) waren die Amnestiengesetze für Polizisten und Militärs aufgehoben worden. Seither stehen wieder Dutzende mutmaßliche Täter der Diktatur vor Gericht.

## WOCHENÜBERSICHT

### Marsch auf die Plaza de Mayo am Tag der Arbeit

Die Linke marschierte am Donnerstag, am Tag der Arbeit, mit Transparenten und Fahnen auf die Plaza de Mayo im Stadtzentrum von Buenos Aires. Rund 4000 Personen kritisierten die Regierung, sie wolle die Wirtschaft nicht einfrieren, aber die Löhne der Arbeiter hebe sie nicht mehr an. Weiter kritisierten die Organisatoren den Gewerkschaftsdachverband CGT. „Er ist unterdessen der längere Arm der Regierung geworden“, sagte Néstor Pitrola, Präsident der Arbeiterpartei. Die CGT sei neu die Pufferzone zwi-

schen den Arbeitern und der Regierung.

### De la Rúa wird der Prozess nicht gemacht

Der Prozess gegen den früheren Präsidenten Fernando de la Rúa (1999-2001) wird aufgehoben. Dies hat die Bundeskammer am Dienstag entschieden. Es gebe keine Beweise, dass De la Rúa für die Tötungen der Demonstranten verantwortlich gewesen sei. Bundesrichter Claudio Bonadío hatte im Oktober 2007 gegen den Ex-Präsidenten Anklage wegen fahrlässiger Tötung in fünf Fällen und Körperverletzung in über 150 Fäl-

len erhoben. Am 20. Dezember 2001, während der Wirtschaftskrise, kam es in der Hauptstadt Buenos Aires zu gewalttätigen Ausschreitungen. Sicherheitsleute griffen ein.

### Menem droht Prozess wegen Waffenhandel

Im Julio beginnen die Anhörungen im Fall „Illegaler Waffenhandel“: Unter den Vorgeladenen befindet sich auch der ehemalige Präsident und heutiger Senator der Provinz La Rioja, Carlos Saúl Menem. In den Jahren 1991 und 1995 wurden argentinische Armeewaffen nach Kroatien und Ecuador verkauft. Drei Dekrete, unterschrieben von Menem und verschiedenen seiner Minister, bewilligten diesen illegalen Handel. Nach den Anhörungen wird entschieden, ob Menem während des mündlichen Prozesses ebenfalls auf der Anklagebank sitzen wird.

nehmen einen herausragenden Platz unter den Ausbildungsstätten ihrer Länder ein und sind daher von hohem Imagewert für Deutschland. Eine Delegation des Ausschusses Auswärtige Kultur und Bildungspolitik im Auswärtigen Ausschuss war von Mittwoch bis Freitag in der Hauptstadt Buenos Aires zu Besuch. An der Reise, die unter dem Thema „Deutsche Auslandsschulen“ stand, nahmen Angelika Krüger-Leissner (SPD), Harald Leibrecht (FDP), Anke Eymer und Renate Blank (CDU/CSU) teil. Die Parlamentarier besuchten nicht nur deutsche Schulen, sondern trafen sich auch mit Bildungsminister Carlos Tedesco und Wissenschaftsminister Lino Barañao.

### Nach 18 Tagen Angekettete frei

Ein Nachbar befand, im Haus nebenan gehen komische Dinge vor sich. Er rief die Notfallnummer der Polizei an. Die Sicherheitsbeamten rückten aus und befreiten am Samstag der vergange-

### Deutsche Abgeordnete besuchten Schulen

Deutsche Auslandsschulen

### Soluciones de Impresión en Impresoras Nuevas

ó usadas a valor costo por copia.

Ajustamos Presupuesto a sus necesidades

Equipamiento Para Empresas  
Venta/Alquiler/Canje  
Servicio Técnico Especializado  
Accesorios/Repuestos/Insumos

Tel.: 4665-0020

info@millenium-printers.com.ar

www.millenium-printers.com.ar



nen Woche den 24-jährigen Ariel Perretta im hinteren Teil des Hauses in der Ortschaft Talar de Pacheco in der Provinz Buenos Aires. Am Mittwoch stellte sich der Besitzer des Hauses bei der Polizei, er gab seine Mithilfe zu. Ein weiterer Verdächtiger, ein ehemaliger Polizist, starb auf der Flucht an einer Herzattacke. Der junge Mann, Sohn eines Unternehmers, war entführt und 18 Tage lang angekettet festgehalten worden. Die Kidnapper verlangten hohes Lösegeld.

### Ex-Bürgermeister Porretti auf freiem Fuß

Der abgesetzte Bürgermeister der Küstenstadt Pinamar in der Provinz Buenos Aires ist am Dienstag gegen 40.000 Pesos Kautionsfrei gekommen. Es besteht keine Fluchtgefahr, so die Richter. Roberto Porretti saß 26 Tage in der Stadt Dolores hinter Gitter, ihm wird Erpressung im großen Stil vorgeworfen. Anfang Februar hatten zwei Diskobesitzer von Pinamar bei der Justiz Klage ein-

gereicht: Porretti habe von ihnen Schmiergelder verlangt. Als Beweis übergaben sie der zuständigen Staatsanwältin ein Videoband. Nach längerem Hin und Her wurde der Bürgermeister Anfang April festgenommen.

### Gewerkschaftsbund CGT steht hinter Präsidentin

Rückhalt in jeder Hinsicht: Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes CGT und mehrere Gewerkschaftsführer trafen sich am Dienstag mit Präsidentin Cristina

Kirchner im Regierungssitz Casa Rosada in der Stadt Buenos Aires zu Gesprächen. Sie verkündeten dabei, dass sie die Politik der Regierung unterstützen. Sie stellten sich hinter dem Modell, die Wirtschaft nicht einfrieren zu lassen. Denn das führte lediglich dazu, sagten die Gewerkschafter, dass die Löhne und Arbeitsstellen abnehmen würden. Sie forderten aber, dass die Regierung die steuerfreie Grenze der Gewinnsteuer heraufsetzen solle.

(AT/cal)

## Wahlreform unterwegs

Seit Jahren kümmern sich Politiker und Kommentatoren der politischen Szene um die Reform des Wahlmodus in Argentinien. Die letzten allgemeinen Wahlen vom 28. Oktober 2007 wurden von Oppositionellen scharf kritisiert, weil angeblich Wahlschwindel betrieben wurde. Darunter versteht man die zahlreichen Kandidatenlisten für einige Wahlämter, auf denen die Spitzenkandidaten für die Präsidentschaft und gegebenenfalls auch für Gouverneure figurierten, so dass mehrere Listen für gleiche Kandidaten warben. Im spanischen Sprachgebrauch wurden sie "listas colectoras" genannt. Diese Art Wahlschwindel begünstigte die Regierungskandidaten. Ausserdem wurden die Wähler vielfach verwirrt, weil zahlreiche Wahlzettel den Wahlvorgang verlangsamten und zu langen Wartezeiten führten. Die Auszählung erwies sich ebenfalls als umständlich und langsam. Nach dem Wahlgang wartet die Öffentlichkeit neugierig auf die Wahlergebnisse und ärgert sich, wenn lange gewartet werden muss.

In der Vorwoche gelang es den Oppositionspolitikern, eine gemeinsame Tagung in der Deputiertenkammer einzuberufen, um die Wahlreform vorzubereiten. Tatsächlich fanden sich Vertreter fast aller Oppositionsparteien ein. Die Bürgerliche Koalition von Elisa Carrió (ohne deren Anwesenheit), die radikale UCR mit ihrem Parteivorsitzenden Senator Gerardo Morales, die Sozialisten, die Volksbewegung von Neuquén und dissidente Justizialisten wie Luis Juez von Córdoba und Francisco de Narváez von Buenos Aires fanden sich ein und einigten sich über einige Aspekte der gewünschten Wahlreform, damit sie gelegentlich im Kongress mit den Vertretern der Regierungspartei (Front für den Sieg und Justizialistische Partei) debattiert werden kann.

Um mehrere Listen für gleiche Spitzenkandidaten zu vermeiden und den Wahlvorgang fühlbar zu vereinfachen und zeitlich zu verkürzen, einigte man sich auf einen einzigen Wahlzettel, auf dem alle Kandidaten vermerkt sind. Die Wähler müssen sich dann nur darauf beschränken, ihre Kandidaten mit einem Kreuz zu identifizieren. Der Wahlzettel wird jedem Wähler vom Vorsitzenden des Wahlteschens persönlich überreicht, so dass die Qual der Wahl unter zahlreichen Wahlzetteln entfällt. Diese Vereinfachung ist entschieden zu begrüßen, auch wenn Halbanalphabeten sicherlich mehr Mühe haben werden, ihre Kandidaten mit Kreuzen anzuzeigen, anstatt einen Wahlzettel in die Hand zu nehmen.

Die Vorsitzenden und Beisitzer der Wahltesche sollen nicht mehr einfache Bürger und Bürgerinnen sein, die vielfach ihre bürgerliche Pflicht schwänzen. Das führt meistens zu Verzögerungen, bis Wähler aus der wartenden Schlange eingesetzt werden. Künftig sollen die Wahlbehörden an jedem Wahltesch nur Justizbeamte und Lehrkräfte sein, die für ihren Tagesaufwand bezahlt werden sollen. Dadurch werden einfache Bürger entlastet, die aufgeboten werden. Ihnen wird der Ärger eines verlorenen Sonntags zur Erholung oder Unterhaltung erspart. Vor- und Beisitz an Wahlteschen ist gesetzliche Bürgerpflicht. Wenn sie verweigert wird, fallen Bussen an.

Das Innenministerium, dem die Vorbereitung der Wahlgänge obliegt, soll künftig nicht mit der provisorischen Zählung betraut werden. Die Wahljustiz, die die endgültige Zählung vornimmt, soll auch für die provisorische verantwortlich sein, mit der die Neugier der Öffentlichkeit am Wahlabend gestillt wird.

Die Stimmabgabe soll künftig elektronisch verrichtet werden, wie

es bereits in Brasilien und anderen Ländern praktiziert wird. Bisher hat sich keine Regierung hierfür erwärmen können. Anstatt mit einem Kreuz auf dem Wahlzettel muss eine Taste am Computer gedrückt werden, um den Wahlvorgang perfekt zu machen. Das erleichtert und beschleunigt die sofortige Zählung der Stimmen. Die Abschaffung der sogenannten Bettuchlisten (Spanisch "listas sábanas") steht auch zur Diskussion. Dagegen sträuben sich freilich alle kleinen Parteien, weil sie dann Vertreter verlieren würden, wenn sich der Wahlmodus nur auf grosse Parteien konzentriert. Die Bettuchlisten mit Proporz haben seit 1957 alle Versuche überstanden, sie abzuschaffen.

Die Wahlreform ist freilich mit dieser Übung oppositioneller Politiker keineswegs in die Wege geleitet worden. Es bedarf hierfür einer politischen Entscheidung der Regierung. Erst wenn sich die Exekutive und die regierende Justizialistische Partei über einen neuen Wahlmodus einig sind, mag es zur gewünschten Debatte im Kongress kommen, wo die Exekutive über bequeme Mehrheiten in beiden Kammern verfügt, um ihre Projekte durchzusetzen, auch wenn sie vorher debattiert worden sind. Für die Oppositionsparteien war diese Übung über die politische Reform immerhin ein Zeichen, dass sie in gewissen Themen einig werden können, um der Regierung Paroli zu bieten. Bisher mieden Oppositionspolitiker gemeinsame Stellungnahmen.

## Randglossen

**Fünzig Jahre nach seinem Amtsantritt am 1. Mai 1958 wird der damalige Präsident Arturo Frondizi in der Öffentlichkeit verehrt, auch von damaligen Gegnern seiner Politik. Frondizi setzte sich für eine Versöhnung der gespaltenen Gesellschaft von Peronisten und Antiperonisten ein, ebenso für eine bewusst starke Entwicklung mit zahllosen Investitionen. Seine dramatisch als Erdöltschlacht umschriebene und erfolgreiche Selbstversorgung mit Erdöl zog zahllose andere Investitionen in der Industrie und Landwirtschaft heran. Trotz seiner deutlichen Erfolge wurde Frondizi von machtlüsteren Militärs, Oppositionspolitikern und Gewerkschaftern nach knapp vier Jahren gestürzt und auf der Insel Martín García inhaftiert. Die Kritik, die seine damaligen Gegner an Frondizi übten, ist inzwischen vergessen, während seine Leistungen nach einem halben Jahrhundert allgemein anerkannt werden. Immerhin bleibt ein politisches Denkmal bestehen, wie es Frondizi darstellt.**

Die spanische Justiz hat die Auslieferungsanträge gegen die frühere Präsidentin María Estela Martínez de Perón, volkstümlich als Isabelita bekannt, mit dem Argument abgelehnt, dass die Verbrechen, die ihr vorgehalten werden, nach über dreißig Jahren verjährt sind, also juristisch nicht als Verbrechen gegen die Menschlichkeit gelten. Zwei Richter hatten ihre Auslieferung beantragt, weil ihr die Verantwortung für die halbstaatliche Organisation, genannt Triple A, unter ihrem Wohlfahrtsminister José López Rega nicht nachgewiesen wurde. Die Expräsidentin lebt im Madrider Exil, wo sie die spanische Staatsbürgerschaft angenommen hat. Spaniens Justiz verhinderte, dass die Expräsidentin hier vor Gericht der Verfolgung einiger ihrer damaligen Gegner ausgesetzt werden würde. Diese Gegner waren damals Terroristen und sitzen heute in der Regierung.

## Ist der Richter der Täter?

Buenos Aires (AT/cal) – Verbrechen, Fallen und Schwarze Magie – eine filmreife Wende im Fall Annagreth Würgler: Der Richter, der das Verschwinden der Schweizerin ermittelt hatte, ist vergangene Woche in der Provinz La Rioja festgenommen worden. Ihm wird Mitbeteiligung an einem Mord eines Autohändlers angelastet. Auch steht er nun unter Verdacht, bei demjenigen von Würgler mitgewirkt zu haben. Ursprünglich ermittelte Richter Walther Moreno in einem Mordfall eines Händlers. Schließlich flog aber auf, dass er selber der Kopf einer Verbrecherbande ist. Bei einem seiner Komplizen zu Hause fand die Polizei Reste eines Schwarze-Magie-Rituals. Dabei wurden Fotos von Annagreth Würgler verwendet.

Die 28-jährige Schweizerin reiste vor rund drei Jahren mit dem Fahrrad durch Argentinien. Im August 2004 wurde sie zum letzten Mal gesehen - in La Rioja. Die Biologin wollte den Nationalpark Talampaya besuchen, per Autostopp. Später fand man eine ihrer Socken im Kleinbus von Miguel Narváez sowie Blutflecken und Patronenhülsen unter dem Beifahrersitz.

Narváez, Fremdenführer und Chauffeur des Hoteliers Alcides Cuevas, hatte die Schweizerin zu einem Campingplatz gefahren. Zum letzten Mal wurde sie mit Cuevas gesehen. Die Justiz verurteilte Cuevas zu einer langjährigen Haftstrafe, Narváez wurde frei gesprochen. Jetzt will sie aber das Verfahren wieder eröffnen.

## AUSFLÜGE UND REISEN

### Tangolokal Viejo Almacén wird 40



Der „Viejo Almacén“.

Die Ecke lag am äußersten Südende der Stadt, als Buenos Aires gegründet wurde. Jeder der 64 Weggefährten von Hauptmann Juan de Garay, die mit ihm von

Santa Fe, stets den Paraná entlang, zur Neugründung des Hafens am Río de la Plata gewandert waren, hatte einen Solar bzw. ein Viertel Häuserblock („manzana“) zugeteilt bekommen. Sogar eine Frau, Ana Díaz, war unter den Siedlerpionieren. Sie erhielt, was heute ein Filetstück ist: die Parzelle an der Corrientes Ecke Florida, wo sich früher Mayorga befand.

Aber was jetzt Balcarce Ecke Independencia ist, das war Niemandsland. Von hier aus erstreckte sich Schwemmboden bis zur Boca del Riachuelo, der frühere Hafen. Wenn Sturm über dem Río wüthete, schwappten die Wellen bis hier.

Bis Mitte des 19. Jahrhunderts

ist die Geschichte nicht vollständig erhalten, aber um 1848 befand sich hier das British Hospital. Damals lagen die meisten Krankenhäuser außerhalb der Stadt, wegen der zahlreichen ansteckenden Krankheiten, die dort behandelt werden mussten. Dann zog das Englische Hospital um, und die Ecke wurde von einem Gemischtwarenladen „Orillas del Plata“ eingenommen. Der Almacén lag in der Tat fast direkt am Flussufer.

Diesem Almacén folgte eine Weinhandlung, und schließlich, schon im 20. Jahrhundert, ein russisches Restaurant, das keinen typischeren Namen tragen konnte als „Volga“. Weil die Kunden sowohl des Weingeschäfts als auch der Hafenkneipe teils zu Pferd angeritten kamen, wurde, wie damals üblich, an der Südwand des Gebäudes eine Eisenstange angebracht, an der die Kunden ihre Gäule anbinden konnten. Diese Stange, eine Variante des traditionellen Palenque vom Lande, ist noch vorhanden.

Soviel zur Vorgeschichte. Vor 40 Jahren suchte der damals populäre Tangosänger Edmundo Rivero ein passendes Lokal, um es in ein Café Concert umzuwandeln und dort seine Shows darbieten zu können. So stieß er auf das verwinkelte Gebäude an der Balcarce Ecke Independencia, kaufte es und richtete es ein.

Für die Innendekorateure bis heute übrigens keine leichte Arbeit, denn das Grundstück und die

daraufstehenden Mauern des Lokals weisen keinen einzigen rechten Winkel auf. Aber gerade weil es verschachtelt ist, wirkt diese älteste heute bestehende Tanguería so anziehend aufs Publikum. Rivero erwarb das Haus 1968 und eröffnete im Mai 1969 seine Tangobühne unter der Bezeichnung „El Viejo Almacén“. Fast zwei Jahrzehnte lang sang er dort seine Milongas und Tangos.

Heute ist der alte Krämerladen von Einheimischen und Touristen überlaufen, es gibt Mittagessen, Abendessen, Shows und Sonderdarbietungen. Info: [www.viejo-almacen.com.ar](http://www.viejo-almacen.com.ar).

### Mietwagenpreise

Anderswo mögen Mietwagenpreise noch günstiger sein als bei uns. Aber auch in Argentinien halten sich die Tarife in Grenzen, zumal für Ausländer. So kostet ein Ford K Zweitürer pro Tag 33 US-Dollar, für drei Tage US\$ 89. Einen viertürigen Chevrolet (Opel) Corsa bekommt man für eine Woche zu US\$ 249. Ein Ford Ecosport kommt den Kunden auf 399 US\$ für eine Woche zu stehen. Hinzu kommen natürlich jeweils die Versicherung sowie die üblichen Gebühren. Bei den extrem niedrigen Kraftstoffpreisen ist aber insgesamt die Nutzung eines Mietwagens in Argentinien derzeit sehr günstig. Die Angaben stammen von [victory\\_rentacar@hotmail.com](mailto:victory_rentacar@hotmail.com) in Buenos Aires.

Marlú

## ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

**Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags \$ 3,20.** Die Rofex Terminkurse betragen zum 2.6. \$ 3,185, 30.6. \$ 3,193, 31.7. \$ 3,205, 1.9. \$ 3,220, 30.9. \$ 3,235, 31.10. \$ 3,243, 1.12. \$ 3,259, 2.1. \$ 3,275, 2.2. \$ 3,283, 2.3. \$ 3,300, 31.3. \$ 3,320 und 30.4. \$ 3,330.

**Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Mittwoch um 1,6% auf 2.095,53,** der Burcapindex um 1,4% auf 7.737,33 und **der Börsenindex um 1,1% auf 118.272,73.**

**Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) fiel in der Berichtswoche um 6,4% auf \$ 2,297.**

**Die Gold-, Devisen- und Anlagensreserven der ZB betragen am 18.4.08 US\$ 50,26 Mrd., der Banknotenumlauf \$ 71,17 Mrd.** Eine Woche zuvor waren es US\$ 50,39 Mrd. bzw. \$ 72,75 Mrd., einen Monat zuvor US\$ 50,41 Mrd. bzw. \$ 72,56 Mrd. und ein Jahr zuvor US\$ 37,86 Mrd. bzw. \$

57,95 Mrd.

**Der Deckungskoeffizient der Devisenreserven in Pesos zum Tageskurs, bezogen auf die monetäre Basis, betrug am 18.4.08 150,0%.**

**Der Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Daniel Scioli, bestätigte, dass Ausnahmen aus der provinzialen Steuer auf den Bruttoumsatz („ingresos brutos“) abgeschafft und die Sätze der Steuer beim Handel von 3% auf 4% und bei Dienstleistungen von 3,5% auf 4% erhöht werden.** Diese Reformen sollen der Provinzkasse zusätzliche Einnahmen von \$ 3 Mrd. verschaffen.

**Die Regierung der Provinz Chubut hat einem Konzern, geleitet vom deutschen Erdölunternehmen Wintershall und der spanischen Repsol-YPF, zwei Gebiete von über 20.000 qkm für Forschung und eventuelle Ausbeutung in der Gegend Gan Gan auf 20 Jahre zugeteilt.** Für die Jahre 2008 und 2009 sind Forschungsinvestitionen

**Flyer**  
**Lufthansa**  
**City Center**  
(Zona Norte)  
Leg. 213 Res.0447

Av. Fondo de la Legua 425  
(B1609JEE) San Isidro  
Tel.: (54 11) 4512-8100  
E-mail: [info@flyer.com.ar](mailto:info@flyer.com.ar)  
[www.flyer-de.de](http://www.flyer-de.de)

# Die Hochgeschwindigkeitseisenbahn

Am Dienstag wurde der endgültige (?) Vertrag zwischen der argentinischen Regierung und dem von der französischen Alstom geleiteten Konzern Veloxia (dem ausserdem noch die spanische Isolux Corsan und die lokalen IECSA und Emepa angehören) unterzeichnet. Die wesentlichen Punkte des Vertrages beziehen sich auf folgendes:

\* Der Hochgeschwindigkeitszug (Geschwindigkeit bis zu 320 Stundenkilometern) geht von Buenos Aires (Retiro) über San Nicolás (erste Haltestelle) nach Rosario und von dort über die Haltestellen Marcos Juárez, Bell Ville und Villa María bis Córdoba. Die Eisenbahn läuft auf einem Gelände, das schon zur Eisenbahn gehört, also angeblich neben der bestehenden Eisenbahnlinie, die vorwiegend für den Frachtdienst eingesetzt wird. Alstom-Präsident Patrick Kron erklärte, ein Projekt mit Bodenenteignungen, wie es in anderen Ländern der Fall ist, würde 5 bis 6 Mal mehr kosten.

Das Projekt soll E 2,4 Mrd. kosten (u\$ 3,8 Mrd.), was die Zinsen einschliesst.

Die Finanzierung (die 100% des Projektes deckt) wird von der französischen Bank Natixis bereitgestellt (nachdem Société Generale, die ursprünglich den Kredit erteilen sollte, sich zurückzog). Die Finanzierung läuft auf 30 Jahre, mit 7 Jahren Karenzfrist für die Amortisation des Kapitals, nicht jedoch für die Zinsen. Die argentinische Regierung übergibt Staatsstiel als Garantie des Kredites. Der Zinssatz u.a. Kreditbedingungen wurden nicht mitgeteilt. Angeblich soll der Zinssatz in den ersten Jahren 10% betragen. Man muss warten, bis der gesamte Vertrag bekanntgegeben wird.

Der finanzielle Plan wurde vom zurückgetretenen Minister Martín Lousteau und seinem Finanzsekretär Hugo Secondini am 24. März 2008 unterzeichnet und im Amstbatt veröffentlicht. Dennoch hat Lousteau den Vertrag, der jetzt unterzeichnet wurde, nicht unterschrieben, ebenso wie es sein Vorgänger, Miguel Peirano, auch nicht getan hatte. Minister Carlos Fernandez war in dieser Beziehung gehorsam und unterschrieb.

Der Vertrag ist jedoch nicht vollständig. Die Bank Natixis benötigt die Versicherung des politischen Risikos durch das Coface-Institut. Diese Versicherung deckt den Fall der nicht-Zahlung, oder des Defaults (der die übergebenen Staatspapiere entwerten würde) und auch eines Überweisungsverbotes. Coface kann jedoch diese Versicherung nicht ausstellen, bis die argentinische Staatsschuld gegenüber dem Pariser Klub geregelt ist. Ohne diese Versicherung würde die Bank Natixis die in Frankreich geltenden Kreditnormen verletzen und sofort schlecht benotet werden. Die französische Regierung rechnet offensichtlich damit, dass mit dem Pariser Klub schliesslich eine Einigung erreicht wird. Inzwischen werden ohnehin nur die Studien vorangetrieben, die für die Einzelheiten des Projektes notwendig sind. Die Bank Natixis wird diese Ausgaben des Konzerns finanzieren und dafür schon argentinische Staatspapiere erhalten. Es handelt sich hier jedoch um einen geringen Betrag, so dass das Risiko unbedeutend und die Coface-Versicherung nicht notwendig ist. Die Präsidentin Cristina Kirchner sagte, dieses Projekt sei „ein Sprung in die Modernität und eine strategische Angelegenheit“. Das Projekt werde das Profil der Region in absoluter Form ändern, da er 60% der Bevölkerung verbinde und den wichtigsten industriellen Korridor des Landes durchkreuze. Das Projekt werde tausende neue Arbeitsplätze schaffen. Sie fügte hinzu, dass die Durchführung dieses Projektes in keiner Weise bedeute, dass keine Kloaken, Strassen, Schulen oder Hospitäler gebaut würden.

Das Projekt erhielt jedoch von Wirtschaftlern, Transport- und Eisenbahnfachleuten u.a. heftige und gut fundierte Kritik. Keine einzige

unabhängige Stimme äusserte sich positiv. Halten wir folgende Punkte fest:

Das Projekt ist unwirtschaftlich. Die Tarife werden bei voller Kostendeckung so hoch sein, dass sie sich den Flugtarifen nähern (oder sie sogar übertreffen). Somit müssen die Tarife subventioniert werden, wobei es sich hier um eine Subvention für den gehobenen Mittelstand handelt, es sei denn, die Subvention wird so hoch angesetzt, dass diese Eisenbahn mit dem Omnibus konkurriert. Nur so könnte eine Frequenz der Züge erreicht werden, wie sie international als notwendig für die Wirtschaftlichkeit des Projektes angesehen wird.

Hochgeschwindigkeitszüge werden nur in dicht bevölkerten Ländern eingesetzt, deren Bevölkerung ein hohes Einkommen geniesst und normalerweise hohe Tarife für den Personentransport bezahlt. In Europa geht es ausserdem darum, die Intensität des Flugverkehrs herabzusetzen, da viele Flughäfen regelrecht verstopft sind. Die Tarife der Hochgeschwindigkeitsbahn liegen unter den Flugtarifen und die Reisezeit ist nicht viel länger, wenn man die Zeit hinzuzählt, die die Fahrt zum und vom Flughafen beansprucht. Denn der Zug verbindet Hauptbahnhöfe, die im Stadtzentrum liegen. All diese Bedingungen sind in Argentinien nicht gegeben.

Ein Hochgeschwindigkeitszug hat in Argentinien keine Priorität. Mit dem gleichen Betrag liesse sich das gesamte Schienennetz von etwa 30.000 km erneuern, womit die normale Geschwindigkeit der Züge auf über 100 km pro Stunde erhöht werden könnte. Alternativ könnten die fehlenden Autobahnen im ganzen Land (Rosario-Córdoba, Strasse 14 in Entre Rios u.a.) u.a. Strassen gebaut werden, was den Verkehr der Omnibusse, Lastwagen und Automobile erleichtern würde, die Unfallhäufigkeit stark verringern und die Fahrzeiten verkürzen würde. Es bestehen noch viele andere Alternativen für staatliche Investitionen, die gegenüber diesem Zug ohne Zweifel Priorität haben.

Das Projekt wurde nicht von der zuständigen Stelle des Wirtschaftsministeriums studiert, wie es das Gesetz 24.354 aus dem Jahr 1994 bestimmt. Die Studien müssen sich auf die Wirtschaftlichkeit, die technische Eigenart des Projektes und die Priorität gegenüber anderen möglichen Staatsinvestitionen beziehen.

Bei der Ausschreibung wurde ein Richtpreis von u\$ 1,35 Mrd. festgelegt. Hier wurde bestimmt, dass der Gegenwartswert ohne Finanzierungskosten genommen wird. Mit diesen, plus anderen nicht berücksichtigten Kosten gelangt man auf mindestens u\$ 3,8 Mrd., in der Praxis wahrscheinlich noch mehr. Eine korrekte Ausschreibung hätte die Gesamtkosten bei der Zuteilung nehmen müssen. Bei der Ausschreibung wurden somit die Faktoren, die den grössten Teil der Kosten des Projektes ausmachen, nicht berücksichtigt.

Die von Elisa Carrió geleitete „Coalición Cívica“ hat diesen Fall als Skandal und offene Korruption bezeichnet, und Anzeige bei der Staatsanwaltschaft für Unregelmässigkeiten in der öffentlichen Verwaltung und des Antikorruptionsamtes erstattet. Eventuell wird diese Partei eine Strafanzeige bei der Bundesjustiz einreichen. Der Deputierte Adrián Perez wies darauf hin, dass die Änderung der Finanzierungsbedingungen nach der Zuteilung, die Ausschreibung ungültig machen.

Allein, wenn nicht bald erreicht wird, dass ein Richter den Befehl erteilt, das Projekt nicht weiter zu führen und eine Untersuchung anordnet, fährt die Regierung mit diesem Unsinn fort. Später ist es kaum möglich, die Entscheidung rückgängig zu machen. Es wäre deshalb besonders wichtig, wenn auch andere Parteien, Politiker und Verbände jetzt gegen das Projekt Stellung nehmen, so dass die Richter Rückhalt für eine Entscheidung gegen die Regierung erhalten.

stitionen in Höhe von u\$ 7,5 Mio. vorgesehen.

\*\*\*

**Die AFIP hat bestimmt, dass in folgenden Fällen die Steuern ab 1. Juni auch mit Kreditkarten gezahlt werden können:** selbstständige Arbeiter, Einheitssteuer, Sondersystem für Haushaltsangestellte, und Vorschüsse der Gewinnsteuer und der Vermögenssteuer von physischen Personen.

\*\*\*

**Im 1. Quartal 08 stieg der Export**

**von Geflügelfleisch gegenüber dem Vorjahr um 24% auf 40.140 t.** Wertmässig sind es u\$ 59,7 Mio., 58% mehr als im Vorjahr. Die Exporte gingen an erster Stelle nach Chile (10,6 Mio. t), nach Südafrika ( 3,9 Mio. t), den Niederlanden (3,3 Mio. t), Venezuela (3,3 Mio. t) und Deutschland (3,1 Mio. t). Die Exportsteuern auf Sojabohnen und Mais drücken die Inlandspreise dieser Produkte, und indirekt auch die von Sojamehl, die als Futtermittel für Geflügel einsetzt werden und

den Hauptkostenfaktor darstellen. Somit wird der Geflügelexport indirekt subventioniert.

\*\*\*

**Ein Bundesrichter von Rosario hat der Klage von drei Landwirten stattgegeben und angeordnet, dass sie ihre Sojabohnen zu Preisen verkaufen können, die sich ohne die neue bewegliche Exportsteuer ergeben, also als ob dieser Zoll 35% betrüge.** Das Urteil weist darauf hin, dass die beweglichen Exportzölle die in der

Verfassung verbriefte Handelsfreiheit verletzen und einschränken. Wie dies in der Praxis durchgeführt werden soll, wurde nicht gesagt.

\*\*\*

**Etwa 7.000 Arbeiter der Schlachthöfe wurden schon zeitweilig entlassen, und auch in der Landmaschinenindustrie drohen zeitweilige oder definitive Entlassungen.** Das ist eine Folge des Konfliktes mit den Landwirten. Nur die Fabriken, die grosse Poliäthylenschläuche zur Lage-

# Das ungelöste Problem von Aerolíneas Argentinas

Die Luftfahrtgesellschaft Aerolíneas Argentinas wurde 1990 privatisiert und an die spanische Iberia übertragen, die sie dann einem spanischen Staatsinstitut übertrug, das sie schliesslich der Marsans-Gruppe übergab, die sie gegenwärtig betreibt. Iberia hat versucht, AA zu sanieren, ist dabei jedoch gescheitert und soll um die u\$S 1,5 Mrd. verloren haben. Anfang der 90er Jahre gerieten die Fluggesellschaften weltweit in eine Krisenlage, wobei viele zu Grunde gingen und andere von ihren Staaten gerettet werden mussten. Es waren schwierige Zeiten, die immer noch nicht ganz überwunden sind, wobei ein neuer Krisenfaktor aufgetaucht ist, nämlich die ununterbrochene starke Erdölhaushausse, die den wesentlichen Kostenfaktor der Luftfahrt in die Höhe treibt. Werden diese zusätzlichen Kosten auf die Tarife abgewälzt, nimmt die Zahl der Passagiere ab, was auch Probleme schafft.

In Argentinien besteht das Problem beim Binnenverkehr. AA erlitt in letzter Zeit einen Monatsverlust von u\$S 15 Mio. und hat schon an die u\$S 200 Mio. Verlust angehäuft. Die Firma bedarf, um lebensfähig zu sein, drei Entscheidungen:

Die Tarife müssen stark erhöht werden. Die Regierung hat unlängst eine Zulage von 18% genehmigt, was nicht einmal die Hälfte der geforderten Zunahme ausmacht.

Der Brennstoff muss von Steuern befreit und subventioniert werden.

Die sieben Gewerkschaften müssen vereinheitlicht werden; denn sonst genügt es, wenn eine streikt, damit der ganze Betrieb unterbrochen wird. Einige Gewerkschaftsführer haben sich offen für eine Rückverstaatlichung des Unternehmens ausgesprochen und den Streiks einen politischen Anstrich gegeben. Das Arbeitsministerium hat sich bisher geweigert, Stellung zu diesem Problem zu nehmen.

Der Staat hat einen Anteil von 5% am Kapital von AA, der auf 20% erhöht werden soll. Transportsekretär Ricardo Jaime bestätigte dieser Tage den Willen, dass der Staat 15% zusätzlich übernehme, wobei das Wirtschaftsministerium eine Studie gemacht habe, um den Wert des Aktienpaketes festzusetzen. Angeblich soll der zu zahlende Preis gegen die Schulden des Unternehmens verrechnet werden. Bisher wurden jedoch keine Verhandlungen bekanntgegeben.

Abgesehen davon, heisst es, dass Néstor Kirchner eine „Argentinisierung“ des Unternehmens nach dem Vorbild von YPF beabsichtigt. Das heisst, dass befreundete lokale Unternehmer einen Anteil am Kapital erhalten sollen, entweder zu einem Schleuderpreis oder mit einer Finanzierung durch das Unternehmen oder durch spanische Banken. Denn frisches eigenes Geld steckt niemand in ein so problematisches Unternehmen, das ständig von staatlichen Entscheidungen abhängt, wobei auch keine Rahmenordnung besteht, die die Willkür des Staates

einschränkt.

Gennant wurden mehrere Unternehmer. Eduardo Eurnekian, Inhaber von Aeropuertos Argentina 2000, hat von vorne herein abgesagt. In der Tat besteht ein Interessenkonflikt zwischen dem Flughafenbetreiber und einer Luftfahrtgesellschaft, der es ratsam macht, nicht in AA einzusteigen. Juan Carlos Lopez Mena, Inhaber von Buquebus, zeigte sich erstaunt, dass sein Name in diesem Zusammenhang erwähnt worden sei. Auch wurden Jorge Brito, Inhaber der Bank Macro, und der Medienunternehmer Carlos Avila, genannt, die bisher schwiegen. Tatsache ist, dass vorläufig kein fester Käufer besteht. Auf alle Fälle sieht dies nach Erpressung aus, da die Regierung so handelt, wie wenn sie bereit wäre, dem teilweise „argentinisierten“ Unternehmen das zu geben, was sie AA jetzt verweigert.

Der spanische Aussenminister Miguel Angel Moratinos traf letzte Woche zu Besuch in Argentinien ein, um den Fall zu behandeln. AA ist zwar ein Privatunternehmen, aber die spanische Regierung tritt für ihre Unternehmen ein, umso mehr in diesem Fall, da die Inhaber der Marsans-Gruppe, Gerardo Diaz Ferrán und Gonzalo Pascual, Präsident und Vizepräsident des Spitzenverbandes der Unternehmen in Spanien (CEOE, Confederación Española de Organizaciones Empresariales) sind. Moratinos soll sich gegenüber Aussenminister Taiana über den Druck der Regierung beklagt haben, damit private argentinische Aktionäre aufgenommen werden.

Die spanische Regierung ist gewiss nicht erfreut über die Behandlung ihrer Unternehmen in Argentinien durch die Kirchner-Regierungen. Das bezieht sich nicht nur auf AA, sondern auch auf YPF, die einen lokalen Partner aufnehmen musste, um neue Konzessionen oder eine Verlängerung der bestehenden, sowie günstigere operative Bedingungen zu erhalten. Spanische Unternehmen sind auch in öffentlichen Diensten engagiert, wo sie unter politischen Tarifen leiden. Ebenfalls war das spanische Unternehmen Aguas de Barcelona als Minderheitspartner an Aguas Argentinas beteiligt, die ohne Entschädigung und auf Grund falscher Beschuldigungen enteignet wurde.

AA hat vor einigen Monaten einen Plan angekündigt, um die Flugzeugflotte zu modernisieren und zu erweitern und den Dienst auszuweiten. Dazu braucht das Unternehmen jedoch stabile Rahmenbedingungen, die eine gewisse Rentabilität erlauben, und eine faire Behandlung, ohne Erpressungsmanöver.

Da die Regierung den Fall bisher einfach liegen gelassen hat, wurden die Investitionen und Bemühungen, den Dienst effizienter zu gestalten, vorerst aufs Eis gelegt. Von einer integralen Lösung für AA ist bisher nichts bekannt geworden. Was mit Moratinos gesprochen wurde, wurde auch nicht mitgeteilt.

Erzeugung von Getreide und Ölsaaten erzeugen, arbeiten voll, was darauf hindeutet, dass viele Landwirte ihre Ernten nicht sofort zu verkaufen gedenken.

\*\*\*

**Letzte Woche haben die grossen Supermarktketten wieder die Rindfleischteile, für die offizielle Preise gelten, angeboten.**

**Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:**

**[www.allesdeutsch.com.ar](http://www.allesdeutsch.com.ar)**

...für alle, die es deutsch mögen.

## PERSONALNACHRICHTEN

### Todesfälle

Dr. Federico Santiago Augspach, 64, am 1.5.  
Jürgen Dietrich Sandstede, 67, am 1.5.  
Manfredo Enrique Schmidt, am 2.5.  
Mateo Kratochvill

\*\*\*

**YPF versichert, dass sie die normale Versorgung mit Benzin und Diesel-treibstoff im ganzen Land sicher gestellt hat.** Im 1. Quartal 08 hat das Unternehmen 12% mehr von diesen Treibstoffen geliefert als im Vorjahr.

\*\*\*

**Die gesamten Kredite des Bankensystems an die Privatwirtschaft stiegen im März nur um 1,3% auf \$ 111,69 Mrd.** Gegenüber März 07 betrug die Zunahme 40,2%. Seit Juli 07 stieg das Kreditvolumen monatlich um 3%, so dass im März eine spürbare Verringerung eingetreten ist. Im interanuellen Vergleich stiegen Kredite an physische Personen mit 58% am meisten, gefolgt von Pfandkrediten mit 54,8%. Die Kreditmasse machte im März 12% des BIP aus.

\*\*\*

**Der Landwirtschaftsattaché der US-Botschaft, David Mergen, gab bekannt, dass er auf Grund der lokal gesammelten Information eine Verringerung der Anbaufläche von Weizen in diesem Jahr von 5% festgestellt**

habe.

\*\*\*

**Die unlängst beendete Sonnenblumenerte war mit 4,52 Mio. t die höchste der letzten sechs Jahre.** Die bebaute Fläche war mit 2,64 Mio. ha die grösste seit 2002, und der Ertrag lag mit durchschnittlich 17,1 Doppelzentnern pro Hektar um 2,5% über dem Vorjahr.

\*\*\*

**Für den Bau von fünf Wärmekraftwerken, die die Regierung ausgeschrieben hat, in Buenos Aires, Santa Fé und Córdoba, die insgesamt 1.695 MW leisten sollen und auf \$ 4,8 Mrd. veranschlagt wurden, sind drei Angebote eingereicht worden, die zusammen leicht über diesem Betrag liegen:** 1. Siemens mit der lokalen Electroingeniería; 2. Die spanische Isolux mit der lokalen IECSA (Gruppe Macri-Calcaterra); 3. Cotersa, gebildet aus der venezolanischen Inelectra und der lokalen Electroingeniería. Nur für das Kraftwerk in Necochea gab es zwei Offerten: Siemens und Cotersa. In den anderen Fällen gab es jeweils nur ein Angebot. Die Unter-

nehmen haben sich die Kraftwerke aufgeteilt. Jetzt haben Enarsa und das Planungsministerium 15 Tage, um die Offerten anzunehmen oder abzulehnen.

\*\*\*

**Präsidentin Cristina Kirchner befahl der ZB und der Banco Nación (mit einer Empfehlung im gleichen Sinn an die Banken der Provinz und der Stadt Buenos Aires) Staatstitel zu kaufen, um einen weiteren Kursverfall zu verhindern.**

\*\*\*

**Die niederländisch-britische Unilever gab eine Investition von u\$S 2,5 Mio. in ihrer lokalen Firma Arisco bekannt, um die Kapazität der Fabrik für Tomatensaucen und -puree, sowie Ketchup, Olivenöl und Knoblauchpaste, in La Rioja, von 700 t auf 1.400 t zu verdoppeln.** Die zusätzliche Produktion soll für den Binnenmarkt bestimmt sein, wo das Unternehmen mit ihrer Marke Knorr Cica führend ist. Die Fabrik in La Rioja wurde 1997 von der brasilianischen Gruppe Queiroz errichtet, im Rahmen des Förderungssystems (mit grosszügigen Steuervergünstigungen), und im

Jahr 2000 an Unilever verkauft, die sechs Jahre vorher schon die lokale Firma Cica gekauft hatte. Die Erzeugung von Tomatenprodukten dieser Firma wurde zunächst eingestellt, jedoch 2002 wieder aufgenommen und jetzt im Industriepark von La Rioja vereinheitlicht. Diese industrielle Investition spornet die Produktion kleiner Landwirte in La Rioja an, die vornehmlich Tomaten anbauen.

\*\*\*

**Die Regierung von Rio Negro hat \$ 804.209 bereit gestellt, um das Gebäude des Schlachthofes Fricader zu enteignen, der seit 3 Jahren von einer Arbeitergenossenschaft betrieben wird, nachdem der ursprüngliche Besitzer die Produktion eingestellt hatte, weil er zahlungsunfähig geworden war.** Ohne diese Enteignung müsste die Immobilie vom Konkursrichter versteigert werden, wobei die Genossenschaft dort nicht mehr tätig sein könnte. Der Betrieb beschäftigt 31 Personen und wird mit Subventionen von \$ 680.000 erneuert.

\*\*\*

**Der US-Richter Thomas Griesa beschloss, die Beschlagnahme der argentinischen Staatsbonds aufrecht zu erhalten.** Es handelt sich um Titel, die als Garantie der garantierten Kredite an die Regierung gelten, die in Höhe von u\$ 42 Mrd. 2001 ausgege-

ben wurden (als Cavallo Wirtschaftsminister war). Die argentinische Regierung vertritt die Auffassung, dass die beschlagnahmten Titel ihr nicht gehören; aber Richter Griesa ist der Meinung, dass sie der Regierung und nicht den Gläubigern gehören. In der Tat kann die Regierung nur eine Garantie mit eigenen Titeln erteilen. Aber sie kann über diese Titel nicht verfügen. Wie viel diese Papiere wert sind, lässt sich schwer sagen. Würde Richter Griesa von der Beschlagnahme auf den Verkauf dieser Titel übergehen, hätten die garantierten Kredite an die Regierung keine Sicherung mehr.

\*\*\*

**Das Statistische Amt (INDEC) meldet, dass der Gesamtumsatz der Supermärkte zu konstanten Preisen im März gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat um 28,6% zugenommen hat, und gegenüber Februar 2008 um 2,6%.** Die Preise lagen im März nur um durchschnittlich 1% über Februar, so dass die Zunahme in drei Monaten 2008 nur 2,9% betrug. Der Umsatz der Supermärkte lag im März mit \$ 3,5 Mrd. ohne Wertberichtigung um 41,2% über März 2007. Das bedeutet, dass die Preise in 12 Monaten um 12,6% gestiegen sind.

\*\*\*

**Das INDEC meldet, dass die Beanspruchung öffentlicher Dienste**

**im März um 15,7% über dem gleichen Vorjahresmonat lag.** Der Index wurde besonders durch die Mobiltelefonie in die Höhe getrieben.

\*\*\*

**Die Regierung hat per Dekret den Betrag der Gehälter, auf den die Beiträge zum Rentensystem, zu den Sozialwerken und zum Gesundheitsdienst PAMI berechnet werden, ab Mai von \$ 4.800 auf \$ 7.256 angehoben.** Im Juli wird der Betrag auf \$ 7.800 steigen. Diese Massnahme betrifft schätzungsweise 350.000 Arbeitnehmer, die über \$ 4.800 verdienen.

\*\*\*

**Kabinettschef Alberto Fernandez hat den Vertretern der landwirtschaftlichen Verbände die unmittelbare Freigabe des Exports von Weizen und Rindfleisch (innerhalb des Kontingentes, plus Fleisch von alten Kühen, das im Inland kaum konsumiert wird) versprochen.** Es ist das dritte Mal, dass die Regierung dies tut. Bisher ist das Versprechen nicht eingehalten worden.

\*\*\*

**Im April verzeichneten die argentinischen Staatspapiere folgende Rückgänge:** Par-Bonds in u\$: 2,07%; Discount in u\$: 2,42%; Coupon BIP in u\$: 6,05%; Bocon Pre: 7,05%; Bocon Pro12: 7,89%; Coupon PBI in Pesos: 9,55%; Discount in Pesos:

10,58%; Par-Bonds in Pesos: 12,76%; Bogar 2018 in Pesos: 13,25%.

\*\*\*

**Brasilien wird Argentinien etwa 1.200 MW von Mai bis August liefern, und Argentinien wird die gleiche Menge Strom zwischen September und November zurückgeben.** In Argentinien decken diese Lieferungen einen vermutlichen Winterbedarf, der intern nicht gedeckt werden kann (was Stromausfälle für die Industrie mit sich bringen würde), während Brasilien erst später ein Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage von Strom ausweist.

\*\*\*

**Am Mittwoch weihte Präsidentin Cristina Kirchner die Hochspannungsleitung von 500 KW von 575 km zwischen den patagonischen Ortschaften Puerto Madryn (Chubut) und Pico Truncado (Santa Cruz) ein, die hier direkt mit dem nationalen Verbundsystem verbunden.** Dabei werden auch Trelew, Comodoro Rvadia, Caleta Olivia, Las Heras, Perito Moreno und Los Antiguos dem nationalen System angeschlossen. Vorläufig geht der Strom von Norden nach Süden; doch wenn das Kraftwerk am Fluss Santa Cruz fertiggestellt wird, wird er in umgekehrter Richtung fließen.

\*\*\*

## WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

### Néstor Kirchner als wirklicher Wirtschaftsminister

Obwohl Néstor Kirchner seit dem 10. Dezember 2007 nicht mehr Präsident ist, trifft er viele Regierungsentscheidungen, vornehmlich wenn es um die wichtigen Themen geht, wie wenn er noch im Amt wäre, und übt grossen Einfluss auf seine Gattin Cristina aus, die ohnehin nicht viel anders denkt als er. Die Wirtschaftspolitik hat er immer sehr direkt geleitet. Als er antrat, musste er den Wirtschaftsminister Roberto Lavagna dulden, den er von seinem Vorgänger Eduardo Alberto Duhalde übernommen hat, wobei der Umstand, dass er im Wahlfeldzug versprochen hatte, Lavagna als Minister zu behalten, ihm Stimmen brachte, angeblich jene fünf Punkte, die es ihm erlaubten Präsident zu werden. Doch als er seine Macht gefestigt hatte, entliess er Lavagna. Einmal dachte er wahrscheinlich, dass dieser politisch mit ihm konkurrieren könnte, und dann ging es ihm wider den Strich, dulden zu müssen, dass der Minister eigene Initiativen hatte. Denn Kirchner wollte die Wirtschaftspolitik selber in allen Einzelheiten leiten, wie er es in Santa Cruz als Gouverneur bei den

Staatsfinanzen getan hatte, und selber, und nur er allein, die Lorbeeren für die markante Erholung aus der Krise erhaltend. Die Nachfolgerin von Lavagna, Felisa Micheli, war mehr eine gehorsame Privatsekretärin des Präsidenten als eine Wirtschaftsministerin; und bei ihren Nachfolgern Peirano und Lousteau war es nicht viel anders, obwohl sie etwas mehr eigene Persönlichkeit hatten. Der neue Wirtschaftsminister Carlos Rafael Fernandez, der eine graue Beamtenpersönlichkeit hat, und gehorsam tut, was man ihm befiehlt, passt genau in dieses Schema.

Kirchner scheint nie begriffen zu haben, dass der wirtschaftliche Erfolg seiner Regierung das Ergebnis ausserordentlich günstiger Umstände war, die sich gelegentlich ändern. Halten wir fest: 1. Die phänomenale Hausse der Commodities, die Argentinien exportiert; 2. Eine stark wachsende Weltwirtschaft, in der China und Indien als grosse Märkte auftauchen; 3. Ein flüssiger internationaler Finanzmarkt, mit niedrigen Zinsen und Kapitalüberschüssen, u.a. auch bei illegalen Kapitalien, die sich nach

Legalisierungsmöglichkeiten umsehen; 4. Hohe Investitionen der Menem-Regierung, vornehmlich in Infrastruktur, mit bedeutenden Überkapazitäten der Kraftwerke, die bis vor kurzem ausgereicht haben, um einen wachsenden Konsum zu decken. 5. Private Betreibung öffentlicher Dienste (die auch Menem eingeführt hat), so dass trotz Störungen, die die Regierung verursacht hat, ein effizienter Dienst geliefert wurde; 6. Auswirkung der technologischen Revolution der 90er Jahre, konzentriert auf Informatik, Fernverbindungen und Pflanzengenetik. 7. Günstige klimatische Verhältnisse, die zusammen mit dem technologischen Fortschritt der Landwirtschaft zu Rekordernten geführt haben.

Wenn die Wirtschaft somit während der Kirchner-Regierungen, und schon vorher, bei anormal hohen Raten der BIP-Zunahme gewachsen ist, so mehr trotz als wegen der Wirtschaftspolitik. Dies nicht zu verstehen, kann zu schweren Irrtümern verleiten. Doch die Lage hat sich in letzter Zeit geändert: die Welt wächst nicht mehr so stark, die USA befinden sich im Vorfeld der Rezession, und die Commodity-Preise dürften etwas zurückgehen, nachdem sie durch hohe spekulative

Käufe (als reine finanzielle Anlage) in die Höhe getrieben wurden. Die Überkapazität bei Infrastrukturinvestitionen, die in den 90er Jahren geschaffen wurde, ist aufgebraucht, die Erdölproduktion geht seit Jahren zurück, die Reserven von Erdöl und Gas sind in gefährlicher Weise gesunken, und die Wirkung der technologischen Revolution flaut ab und wird zur Evolution. Abgesehen davon hat sich die Inflation beschleunigt, und der Kampf um die Einkommensverteilung ist aggressiver geworden. Die Periode der Erholung aus der tiefen Rezession von 2001/02, bei der es im Wesen darum ging, brachliegende Ressourcen produktiv einzusetzen, ist vorbei, und um weiter wachsen zu können muss eine neue Strategie entwickelt werden, mit hohen Investitionen auf Gebieten, bei denen Engpässe bestehen, besonders der Energie im weiteren Sinn, und mit einer Betonung des Effizienzprinzips.

Zum Thema Inflation hat sich Kirchner in letzter Zeit sehr deutlich geäussert. Halten wir fest:

Die Inflation ist grundsätzlich auf die Preistreiber der Unternehmer zurückzuführen, besonders der Supermärkte, denen er empfahl, ihre Margen zu verringern. Indessen sorgen die Super-

märkte aus eigenem Interesse schon für niedrige Preise, weil ihr Geschäft im massiven Umsatz besteht. Sie wehren sich gegen Preiserhöhungen ihrer Lieferanten, und haben auch die Macht, sich durchzusetzen, was bei den früheren Kolonialwarengeschäften ("almacenes") nicht der Fall war. Die Supermärkte sind ein Stabilisierungsfaktor und bestimmt nicht für Inflation verantwortlich.

Die Landwirte verdienen zu viel und wollen noch mehr, auf Kosten des Volkes. Kirchner zeigte sich total unnachgiebig gegenüber den Landwirten und hat seine Haltung verhärtet. In dieser Beziehung äusserte er ein klares Konzept: zuerst muss der interne Bedarf voll und zu niedrigen Preisen gedeckt werden, und nur dann kann der Rest exportiert werden. Das ist ein Grundkonzept einer geschlossenen Wirtschaft und steht im Widerspruch zur Globalisierung. Die Erhöhung der landwirtschaftliche Produktion, um die günstigen Weltmarktbedingungen zu nutzen, hat somit zweitrangige Bedeutung.

Die Inflation darf unter keinen Umständen durch Rezession oder Abkühlung der Wirtschaft bekämpft werden. Die Beibehaltung hoher Wachstumsraten hat absolute Priorität. Die Inflation ist ein zweitrangiges Problem, das mit direkter Intervention bei der Versorgung und Preisgestaltung bekämpft werden muss. Hier befindet sich Kirchner auf dem Holzweg; wenn er die Inflation nicht ernst nimmt, sie mit der notorischen Fälschung des Indices der Konsumentenpreise leugnet, und nur an der Oberfläche herumbastelt, läuft er Gefahr die Wirtschaft in eine Rezession mit hoher Inflation zu führen.

Solange der doppelte Überschuss verbleibt (bei den Staatsfinanzen und der Zahlungsbilanz), ist alles in Ordnung. Die starke reale Zunahme der Ausgaben hat für Kirchner keine oder eventuell nur sekundäre Bedeutung. Angeblich ist er selber vom echten Überschuss der Staatskasse überzeugt und macht sich keine Gedanken über die steigende Staatsverschuldung, in der das wirkliche Defizit

zum Ausdruck kommt. Die Angelsachsen sprechen von "net borrowing", also Netto-Neuverschuldung. Das ist der technisch korrekte Defizitbegriff. Die Staatsschuld hat in den Jahren der Kirchner-Regierung stark zugenommen.

Themen wie Rechtsicherheit, internationale Wirtschaftsbeziehungen, Regelung bestehender Konflikte wegen Vertragsverletzungen der argentinischen Regierung, haben zweitrangige Bedeutung. Der IWF muss bei Seite gelassen werden.

Mit diesen Grundkonzepten kommt man nicht weit, sondern gerät in eine Sackgasse. Kirchner ist nicht ein Mann des Dialoges und des Kompromisses. Er ist gegenüber Ideen, die nicht mit seinen vorgefassten Meinungen übereinstimmen, verschlossen. Auch seine engen Mitarbeiter und die seiner Gemahlin wagen es nicht, mit ihm zu diskutieren, weil sie wissen, dass ihn das ärgert und ihnen den Posten kosten kann. Unter diesen Umständen ist es äusserst schwierig, Kirchner von der Notwendigkeit vernünftiger Kompromisslösungen mit der Landwirtschaft zu überzeugen. Von den Unternehmern kommen nur wenige an ihn heran, meistens nur die, die eigenartige Geschäfte machen (wie die Übernahme eines Anteils am Kapital von YPF) oder ihn aus seiner Zeit als Gouverneur von Santa Cruz kennen. Ebenfalls gefällt es ihm nicht, wenn Minister u.a. hohe Beamte Unternehmer empfangen, wobei sie sich dabei angeblich beeinflussen lassen. Unternehmer sind für Kirchner ohnehin suspekt, als schlaue Füchse, die nur ihre eigenen Interessen verteidigen und sich für die Gesamtinteressen nicht interessieren, und den Beamten das Fell über die Ohren ziehen. Und unabhängige angesehene Wirtschaftler sind für ihn zudem satanische Gestalten, die nach Schwe-

## MAXINTA

Casa de Cambio  
Sociedad de Bolsa

Máximo Intaglietta  
Fernán Peralta Ramos  
Magdalena Brennan  
Carola Seleguan

Sarmiento 378 6° y 7° 4334-4400

fel riechen. Er hat seiner Regierung und der seiner Gattin einen autistischen Stil aufgeprägt.

Allein, die Welt funktioniert anders, mit ständigen Kompromissen und einer offenen Haltung gegenüber denjenigen, die anders denken, und vor allem, die neue Ideen vorbringen. Der Entscheidungsprozess ist auf der ganzen Welt, selbst bei Diktaturen, ganz anders: es gibt interne Diskussionen, es werden auch Kritiken oder Anregungen von Dritten in Betracht gezogen, und erst am Schluss entscheidet der Präsident oder Premierminister. Es stehen turbulente Zeiten bevor, und wenn der Steuermann der Lage nicht gewachsen ist, und auch keine Hilfe sucht, dann kommt es noch schlimmer.

Binnenhandelssekretär Guillermo Moreno gehorcht Kirchner direkt, und tut, was dieser ihm befiehlt. Er mischt sich auch in Bereiche ein, die nicht zu seinem Ressort gehören, wie Aussenhandel, Energie und Landwirtschaftspolitik. Jetzt hat Kirchner mit Carlos Fernandez auch einen gehorsamen Beamten im Bereich der Finanzen. Somit herrscht er mit absoluter Vollmacht über die Wirtschaftspolitik, umso mehr, als auch Planungsminister Julio de Vido zu seinen intimen Mitarbeitern gehört, schon aus seiner Zeit als Gouverneur von Santa Cruz.

## Die komplizierten Subventionen für kleine Landwirte

In der Vorwoche wurden im Amtsblatt die Beschlüsse veröffentlicht, durch die kleine Landwirte, die Soja und/oder Sonnenblume anbauen, eine Subvention erhalten, die als Differenz zwischen dem effektiven Exportzoll und dem von 35% auf den Exportwert berechnet wird. Wenn sich diese Landwirte in Provinzen ausserhalb der sogenannten "feuchten Pampa" befinden, wird für sie ausserdem die Fracht subventioniert. Das System ist indessen äus-

serst kompliziert, so dass viele kleine Landwirte Schwierigkeiten haben dürften, um mit den Amtswegen fertig zu werden.

Die Subventionen können Landwirte beanspruchen, die 2007 einen MwSt-Betrag von bis zu \$ 500.000 bezahlt haben, bei denen der Anbau von Sojabohne oder Sonnenblume die Haupttätigkeit darstellt, die bis zu 500 t pro Jahr dieser Ölsaaten produzieren, nicht über 150 ha in der Pampa-Gegend und 350 ha ausserhalb direkt be-

### Línea de Heladeras y Freezers

# KOH-I-NOOR

TECNOLOGIA ALEMANA - PRODUCCION ARGENTINA



TECNOLOGIA  
GREENFREEZE



SE PROTEGE EL CALENTAMIENTO  
SUAVE DE LA TIERRA

SE PROTEGE LA  
ESPAÑA DEL ECONOMO



arbeiten, keine Steuern schulden, die von der AFIP eingenommen werden, und für die Ernte 2007/08 einen Umsatz von bis zu \$ 800.000 angeben. Das erste Problem, dass sich dabei stellt, betrifft diejenigen, die etwas über diesen Grenzen liegen und faktisch gezwungen werden, die Überproduktion nicht anzugeben und, wenn möglich, schwarz zu verkaufen. Die eidesstattliche Erklärung, die sie mit dem Subventionsantrag vorlegen müssen, muss vom Verband beglaubigt werden, dem der Landwirt angehört, und ausserdem von den Gemeindebehörden. Ausgenommen sind die Landwirte, die ihr Landgut verpachten und die Zahlung der Pacht in Form von Sojabohne oder Sonnenblume erhalten. Die Landwirte müssen sich in das Register der Betreiber von trockenem Getreide, Ölsaaten und Hülsenfrüchten eintragen.

Dieses System ist in der Praxis sehr schwer zu verwalten. Auch die Auszahlung der Frachtsubvention für Entfernungen von 550 bis 1.500 km. ist nicht einfach. In jedem Fall muss der Beleg vorgelegt werden, dass der Eisenbahn- oder Lastwagentarif bezahlt worden ist, um dann die Subvention zu beanspruchen.

Das Amt des Landwirtschaftssekretariates, das mit dieser Aufgabe betraut wird, das ONCCA ("Oficina Nacional de Control Comercial Agropecuario") ist bei dieser Tätigkeit überfordert. Ohnehin wird dieses Amt mit den Subventionen nicht fertig, die

schon bestehen. Die Landwirte werden Buchprüfer oder andere verpflichten müssen, um die Formulare auszufüllen und einzureichen, und sich darum zu kümmern, dass sie das Geld dann auch erhalten. In anderen Fällen zahlt das ONCCA-Amt mit grosser Verspätung, gelegentlich über ein Jahr. Es ist ausserdem schwer zu vermeiden, dass hier eine grosse Korruption entsteht.

Die Vertreter der Landwirte haben schon darauf hingewiesen, dass 500 t sehr wenig sind, und gefordert, dass das System auf mindestens 1.500 t erweitert wird. Abgesehen davon muss man sich fragen, ob es für einen kleinen Landwirt nicht besser ist, sich einem "Pool" anzuschliessen, bei dem grosse Landmaschinen und moderne Technologie eingesetzt werden, über die er nicht verfügt. Ebenfalls konveniert es diesen kleinen Landwirten gelegentlich, ihr Land einfach zu verpachten. Doch in diesen Fällen sind sie von der Subvention ausgeschlossen. Abgesehen davon werden kleine Landwirte, die sich mit dem Anbau anderer Getreide- oder Ölsaarten, der Milchproduktion oder der Rinderzucht widmen, auch Subventionen fordern.

Das System zwingt die Landwirte zu zahlreichen Manövern. Wenn z.B. mehrere Brüder oder Partner ein Gut betreiben, das insgesamt die Grössenordnung übersteigt, die für Subventionen zugelassen ist, dann müssen sie den Betrieb aufteilen, auch wenn sie

ihn weiter als Einheit betreiben. Viele landwirtschaftliche Betriebe gehören wegen der Aufteilung über Erbschaft vielen Einzelbesitzern, die entweder direkt als Partner, als Gesellschafter einer G.m.b.H. oder als Aktionäre auftreten. Es ist positiv, wenn wirtschaftliche landwirtschaftliche Betriebe nicht aufgeteilt werden. Doch jetzt werden diese Partner oder Aktionäre bestraft, wobei ein Anreiz zur Zersplitterung des landwirtschaftlichen Bodens besteht. Vernünftigerweise müssten Anreize geschaffen werden, damit kleine Einheiten zusammengelegt werden. Bei den kleinen Landwirten sind viele nicht als Steuerzahler bei der Gewinnsteuer eingetragen. Wenn sie sich jetzt eintragen müssen, dann zeigen sie sich selbst an, und das Steueramt kann dann die Steuern für die vergangenen sechs Jahre fordern. Ohne Weisswaschung sind diese Landwirte somit von vorne herein vom Empfang der Subventionen ausgeschlossen, weil sie dabei ein schlechtes Geschäft machen.

Die Bürokraten, die sich dieses System ausgedacht haben, haben offensichtlich keine Ahnung von der landwirtschaftlichen Realität. Aber ausserdem empfinden die Landwirte diese Subventionen als eine Demütigung. Sie wollen den vollen Preis für ihre Produkte erhalten, wobei sie ein bestimmtes Niveau der Exportsteuern in Kauf nehmen. Dass man den Preis für ihre Produkte durch überhöhte und progressive Exportsteuern

**LANXESS**  
Energizing Chemistry

La química mueve el mundo.  
LANXESS mueve la química.

www.lanxess.com

künstlich herabdrückt, und ihnen dann einen Teil gelegentlich mit einem umständlichen Verfahren zurückzahlt, ist für sie nicht annehmbar. In der Tat ist es nicht sinnvoll.

Die Regierung beabsichtigt mit diesem System, die landwirtschaftliche Front zu spalten. Das ist ihr jedoch nicht gelungen. Grosse, mittlere und kleinere Landwirte sind gegenwärtig eng verflochten, wobei der Grosse dem Kleinen gelegentlich mit Maschinen und technologischem Beistand hilft, und der Kleine persönlich oft auch beim Grossen tätig ist oder sein Landgut in einen "Pool" eingibt, der von einem Grossen verwaltet wird. Oder der Kleine widmet sich dem Anbau von Gemüse oder anderer Tätigkeiten, die für den Grossen nicht wirtschaftlich sind. Die landwirtschaftliche Realität ist viel mannigfaltiger und komplexer, als es sich viele Politiker und Bürokraten vorstellen.

## Konkurse und Vergleichsverfahren

(in Pesos)

	2006	2007
April	13.159.312	8.469.579
Mai	17.049.372	4.449.845
Juni	16.461.136	4.965.966
Aug.	18.894.930	19.901.707
Sep.	3.487.929	24.557.815
Okt.	61.603.258	31.557.514
Nov.	22.805.849	12.505.972
Dez.	14.647.002	12.498.936
	2007	2008
Feb.	14.747.488	23.280.162
März	21.825.344	38.921.504
April	8.469.579	26.132.278